

Regierungseliten in Brandenburg im Zeitverlauf

Zu der Frage der Ost-West-Herkunft und dem sozioprofessionellen Hintergrund der Kabinettsmitglieder (von 1990 bis heute)

Autor: Dirk Arne Heyen

Stahnsdorferstr. 152a, 14482 Pdm
Telefonnummer: 0331 / 585 22 80
E-mail: heyen@rz.uni-potsdam.de

Matrikel-Nr.: 726 129
D-Politikwissenschaft
Fünftes Fachsemester

> Abgabe: 15.03.2008

Dirk Arne Heyen

Regierungseliten in Brandenburg im Zeitverlauf:
Zu der Frage der Ost-West-Herkunft und dem sozioprofessionellen Hintergrund
von Kabinettsmitgliedern (von 1990 bis heute)

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	1
2. Hintergründe	2
2.1 Der Elitenaustausch in der Wendezeit.....	2
2.2 Die neuen Eliten nach der Wiedervereinigung.....	3
2.3 Der Elitentransfer aus dem Westen.....	5
3. Hypothesen & Datenlage	6
4. Untersuchung	7
4.1 Die erste Amtsperiode.....	7
4.2 Die zweite Amtsperiode.....	9
4.3 Die dritte Amtsperiode.....	10
4.4 Die vierte Amtsperiode.....	11
5. Ergebnisüberblick	12
6. Schlussgedanken	14
Anhang.....	16

1. EINLEITUNG

Der ostdeutsche Transformationsprozess von 1989 / 1990 ist bekannt für die im historischen und internationalen Vergleich ungewöhnlich hohe Zirkulation der Eliten (hier verstanden als Funktionseliten, die durch ihre Position gesellschaftlichen Einfluss haben). Während es in vielen ehemaligen Sowjetrepubliken alten Führungskräften durchaus gelang, sich in ihrem Amt zu halten oder kurze Zeit nach dem Umbruch wieder zurückzukommen, wurden die DDR-Eliten fast vollständig und dauerhaft ausgetauscht. Die Intensität variiert zwar, aber prinzipiell zieht nach Hoffmann-Lange jeder Regimewechsel über kurz oder lang auch einen Elitenaustausch nach sich. „Denn unterschiedliche politische Regimetypen beeinflussen [...] die Art und Weise, wie in einer Gesellschaft Macht erworben, ausgeübt und in politischen Einfluss umgesetzt“ wird (2002: 106). Und soziale Herkunft, Karrierewege sowie Zirkulation von Eliten sind für Soziologie und Politologie von großem Interesse.

Zu DDR-Zeiten fand die Rekrutierung über Partei- und Kadenschulung statt, die ideologische Verlässlichkeit hatte Vorrang vor Effizienz und Leistung. Das neue, bundesrepublikanische Institutionensystem stellte nun grundlegend andere Qualifikationsanforderungen an die Führungskräfte. Werden Eliten abgesetzt, entsteht eine Art Vakuum, das gefüllt werden muss – wobei im Fall der deutschen Wiedervereinigung oftmals der Vorwurf erhoben wurde, der Osten sei durch den Westen „kolonialisiert“ worden. Auf gesamtdeutscher Ebene zeigte sich die Westdominanz zumindest in den 1990er Jahren sehr deutlich: nach der Potsdamer Elitestudie von 1995 waren nur 12% der Positionen mit Ostdeutschen besetzt (Schäfers&Zapf 2001: 175). In Wirtschaft und Militär waren sie quasi inexistent, schwach vertreten waren sie ebenso in Regierung und Verwaltungsspitze, wo auch in den Neuen Bundesländern vielfach auf westdeutsches Personal vertraut wurde. Der Mangel an regionalen Führungspersonen als Identifikationsfiguren kann ein Repräsentationsproblem erzeugen, weswegen wir uns bei unserer Studie über die Brandenburgischen Regierungseliten unter anderem mit der Ost-West-Herkunft der Akteure beschäftigen. Die demokratiethoretische Forschung würde sich auch mit den politischen Überzeugungen und dadurch mit der Repräsentation der Bevölkerung durch ihre Politiker beschäftigen. Die dafür notwendigen persönlichen Interviews hätten jedoch den Rahmen dieser Arbeit gesprengt. Stattdessen möchte ich mich neben der Herkunft auf den sozioprofessionellen und politischen Hintergrund der Regierungseliten konzentrieren – und mit Blick auf die DDR-sozialisierten Minister fragen, ob es sich damals eher um Oppositionelle oder so genannte „Mitläufer“ gehandelt hat. Zwecks Hypothesenbildung sowie zur besseren Interpretation und Einordnung der Ergebnisse soll zunächst aber auf die ostdeutsche Elitentransformation im Allgemeinen eingegangen werden.

2. HINTERGRÜNDE ZUR ELITENTRANSFORMATION IN OSTDEUTSCHLAND

2.1 Der Elitenaustausch in der Wendezeit [nach Derlien]

In dichter Anlehnung an Hans-Ulrich Derlien (1997) soll zunächst auf den die Eliten betreffenden Transformationsprozess der letzten DDR-Monate und somit den Elitenaustausch eingegangen werden. Derlien spricht hierbei von „transition by implosion“, wobei Transition die Periode zwischen dem Institutionenzerfall und Elitenabgang des alten Regimes und der Konsolidierung neuer Institutionen mit Rekrutierung neuer Eliten meint; Implosion spricht neben dem Autoritätsverfall der bislang legitimen Herrschaft auch den rapiden und widerstandslosen Abgang der Altelite an. Im Fall der DDR würde es sich um einen Sonderfall mit gleich drei Umbrüchen innerhalb eines Jahres handeln: der Implosion des totalitären Herrschaftssystems mit Transition zur parlamentarischen Demokratie, dem Wechsel von der Zentralverwaltungswirtschaft hin zur Marktwirtschaft, sowie der Aufgabe der Staatlichkeit der DDR mit dem Beitritt zur Bundesrepublik. Derlien sieht die Elitenzirkulation bis zur Wiedervereinigung als mehrstufigen Prozess, den er in drei Phasen einteilt.

In einer Übergangsphase zwischen Oktober 1989 und Januar 1990 schied die alte SED-Elite aus und eine systemkonforme innerparteiliche Gegenelite wurde rekrutiert. Angefangen mit Erich Honecker traten in kürzester Zeit Politbüro und Zentralkomitee zurück, manche Parteigremien und Teile der staatlichen Exekutive (z.B. der Nationale Verteidigungsrat) lösten sich sogar auf. Bei insgesamt 793 Elitepositionen der DDR schieden allein 199 Exekutivpolitiker, 81% dieses Sektors, im November 1989 aus und ein noch höherer Anteil des SED-Zentralapparats im Dezember. Durch Ämterkumulation der damaligen Eliten – jeder Fünfte hatte diesen Status in zumindest zwei Sektoren, Honecker und Mielke sogar in fünf – führten Positionsverluste zu einem potenzierten Elitenvakuum, was aber wiederum durch Auflösung mancher Institutionen und Funktionen in Grenzen gehalten wurde.

Waren die Akteure der ersten Transitionsperiode wie Gysi und Bisky noch vom alten Regime geprägt, wurden Anfang Februar 1990 acht Mitglieder des Zentralen Runden Tisches (u.a. Matthias Platzeck) und damit ein Teil der systemkritischen Gegenelite in die Regierung Modrow aufgenommen. Die echte Zensur kam mit der freien Volkskammerwahl im März und der Regierung von de Maizière mit Christdemokraten, SPD und Liberalen. Der Austausch der Honecker-Elite wurde quasi abgeschlossen und die jungen Karrieren der Modrow-Ära schon wieder beendet. Innerhalb von sieben Monaten war damit die Altelite fast vollständig verschwunden, was auch an der Verringerung des Durchschnittsalters der Eliten von 62 auf 52 Jahre zu erahnen ist. Die Zahl der SED-Mitglieder in Elitepositionen sank stetig von 86% bei Honecker auf unter die Hälfte bei Modrow und knapp 20% bei de Maizière.

2.2 Die neuen Eliten nach der Wiedervereinigung [nach Welzel]

Wir wollen uns nun genauer den beruflichen und politischen Hintergrund anschauen, den die neuen ostdeutschen Eliten hatten, die sich nach der Wiedervereinigung etablieren konnten. Hierfür wird sich auf Christian Welzel (1997) bezogen, der die entsprechenden Daten der Potsdamer Elitestudie – bei der die Funktionseleiten Mitte der 90er Jahre auch nach ihrem Werdegang gefragt wurden – analysiert hat. Ausgehend von der Feststellung, dass sich zum Ende der DDR-Zeiten ein alternatives Elitenreservoir* gebildet hat, untersucht Welzel, in wie weit sich die Nach-Wende-Elite daraus rekrutiert hat. Mit der Annahme, dass es immer regimespezifische Rekrutierungsmechanismen gibt, stellt er zwei Thesen gegenüber: eine Reproduktionsthese (neue Eliten aus alten Statusgruppen; gleiches Rekrutierungsfeld) und eine Transitionsthese (Verlagerung der sozialen Rekrutierungsbasis hin zu Gegeneliten).

Soziostrukturelle Merkmale deuten bei der empirischen Auswertung auf eine deutliche Veränderung hin: mit durchschnittlich 47 Jahren waren die ostdeutschen Positionsinhaber von 1995 fünfzehn Jahre jünger als die letzten DDR-Eliten und der Frauenanteil hatte sich von 5 auf 30% gesteigert. In Sachen Bildungsabschluss machten Akademiker mit nun 80% einen wesentlich größeren Anteil aus als früher, wobei insbesondere die hohe Zahl im naturwissenschaftlich-technischen Bereich (45%) auffällt sowie beachtliche 8% mit einem Theologiestudium. Dagegen hatte nur noch jeder Zwanzigste eine Parteihochschule oder eine der DDR-Akademien besucht. Zudem stellt Welzel fest, dass 70% der neuen Eliten vor der Wende in einem anderen Sektor tätig waren, z.B. ein Drittel in Wissenschaft oder Humandienstleistungssektor und 6% im kirchlichen Umfeld – es also auch eine Verlagerung der sektoralen Rekrutierungsbasis gab. Wenn man damaligen Abschluss und Berufssektor miteinander in Beziehung setzt, sich dann die Schnittmenge von Intelligenz und Dienstklasse (sprich das Kernpotenzial der Neuen Sozialen Bewegungen) anschaut, ist dieses potenzielle

* Laut Welzel (1997: 205ff) spielen bei der Bildung eines Reservoirs an demokratischen Gegeneliten das Milieu der Neuen Sozialen Bewegungen die zentrale Rolle. Deren soziales Einzugsfeld sind Akademiker, Professionelle und Angehörige der neuen Dienstklasse, insbesondere soweit sie den Nachkriegsgenerationen angehören. Der Intelligenz kommt zunächst einmal deswegen eine Schlüsselrolle in Transformationsprozessen zu, da sie (wegen der Rekrutierung nach Ideologie statt Leistung) trotz ihres Kompetenzvorsprungs Statusnachteile hat und in der Nutzung ihres Vorteils gehindert wird. Diese faktische Entkopplung von Kompetenz- und Machtverteilung mit der Aussicht auf größere Chancen in einem liberalen System sorgt für Reformforderungen nach mehr Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten – wobei diese unter einem repressiven Regime nur bei zusätzlichen Anreizen wie Zweifel an der Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit der Elite ausgedrückt werden. In Verbindung mit einer postmaterialistischen Wertorientierung beinhalten die Vorstellungen der Gutqualifizierten auch eine demokratische Gesinnung. Unter den Konditionen Wirtschaftsentwicklung und Bildungsexpansion stellt die Dienstklasse-Intelligenz also ein demokratisch orientiertes Mobilisierungsreservoir dar. Die genannten Bedingungen sind nach Welzel auf das Ende der DDR zutreffend: Ende der 1980er Jahre machten Akademiker neun Prozent der Erwerbstätigen aus und diese waren zu knapp 90% in der oberen Dienstklasse tätig, also sozioökonomisch etabliert. Das Qualifikationsniveau der DDR-Leistungskader stagnierte dagegen und im Laufe des Jahres 1989 wuchsen die Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit der herrschenden Eliten enorm.

Gegenelitenmilieu mit einem Drittel klar überrepräsentiert zur Bevölkerung (2%). Unter dem Stichwort der Hierarchie wurde auch untersucht, was die Befragten vor der Wende für einen Status hatten: nur 8% gehörte schon 1988 zur Elite, der größte Teil war der unteren Subelite (Bereichsleiter u.ä.) oder den selbstständigen Professionen zuzurechnen. Auch wenn deutlich wird, dass nach der Wiedervereinigung nicht unbedingt berufliche Außenseiter rekrutiert wurden, haben wir doch in jedem Fall eine deutliche sozioprofessionelle Veränderung und somit eine Bestätigung der Transitionsthese zu verzeichnen.

Bei einem Blick auf die politische Rekrutierungsbasis der neuen Eliten ergibt sich – vertraut man den Eigenangaben der Befragten – eine Mischkonfiguration aus Reproduktion und Transition: immerhin 28% waren vor der Wende Mitglied der SED (allerdings ohne Funktion im Normalfall gewesen), 17,5% hatten einer Blockpartei angehört, 30,3% sahen sich damals als Ungebundene und 24,2% bezeichneten sich als Oppositionelle. Letzteres mag trotz ihres marginalen Bevölkerungsanteils wenig erscheinen; Welzel begründet dies zusätzlich mit dem Mangel an politischer Erfahrung sowie einer organisatorischen Basis. Stattdessen hätte, zusammengefasst gesagt, eine große „Grauzone der Mitläufer“ die neue Rekrutierungsbasis gebildet, mit überwiegend akademisch (v.a. bei Ungebundenen meist naturwissenschaftlich) qualifizierten Nachwuchskräften oder Aufsteigern aus der zweiten Führungsebene. Der Autor spricht wörtlich von einer „ideologieneutral qualifizierte[n] Intelligenz der Nachkriegsgeneration, die vorwiegend als Humandienstklasse auf der professionellen und unteren subelitären Positionsstufe etabliert und dabei entweder gar nicht oder nur marginal in die parteipolitische Machtzuteilung integriert war“ (1997: 221).

Auch wenn nur eine Minderheit länger in der Regimeopposition war, so handelte es sich nach Welzel bei den neuen Eliten Anfang der 1990er Jahre trotzdem um Angehörige eines blockierten Gegenelitenreservoirs im Einzugsfeld der Neuen Sozialen Bewegungen, das „politisch erst aktiv wurde, als die experimentelle Ausnahmesituation der Herbstkrise 1989 entsprechende Handlungsanreize freisetzte“ (a.a.o.). So kann er aufzeigen, dass sich beispielsweise die ostdeutschen Sozialdemokraten der ersten Stunde überdurchschnittlich aus ehemals Ungebundenen, weniger aus langjährigen Oppositionellen, gebildet haben – letztere sind eher in das Neue Forum geströmt und hatten mittelfristig schlechtere Aufstiegschancen oder sind teilweise aus Enttäuschung in ihren alten Beruf zurückgekehrt. Hinsichtlich der parteipolitischen Präferenzen fünf Jahre nach der Wiedervereinigung ergab sich folgendes Bild: frühere SED-Mitglieder neigten fast zur Hälfte der PDS zu, frühere Blockpartei-Mitglieder zu 80% CDU oder FDP, damals Ungebundene fühlten sich zur Hälfte SPD oder Bündnisgrünen nahe, alte Oppositionelle – soziostrukturell übrigens durch Väter mit hohem Bildungsabschluss geprägt – den selben Parteien gar zu 70%.

2.3 Der Elitentransfer aus dem Westen [nach Derlien]

Derlien (1997) beschäftigte sich ebenfalls mit der Frage nach Erneuerung oder Kontinuität der DDR-Eliten und arbeitete neben der Alt-Neu- auch ausführlicher mit der Ost-West-Variablen. Hinsichtlich der ersten bestätigte er Befunde von Welzel, wie die Feststellung, dass sich „die ostdeutsche Politiker-Elite [...] in hohem Maße aus Personen rekrutierte, die amtsunerfahren und als Politiker nicht in das DDR-Regime involviert waren“ (1997: 371). Unter allen Ost-Landesministern 1990 hätten beispielsweise nur sechs Verwaltungserfahrung aus der DDR mitgebracht. Die systemkritische Transitionselite sei nach der Wiedervereinigung meistens aber ebenso aus ihren Positionen wieder ausgeschieden – stattdessen hätten es damalige Mitläufer geschafft. Derlien sieht diese Mitläufer, oft jahrelang Mitglied der SED oder einer Blockpartei, weitaus kritischer als Welzel und nicht als eine Gegenelite, auch wenn sie keine hohen Parteipositionen inne hatten und damit als politisch unbelastet galten. Besonders in den Landtagen, wo 84% erstmals ein Mandat inne hatten, wusste man sich mit einer unpolitischen Ausbildung zu etablieren: ein Viertel dieser Abgeordneten 1990 hatte Ingenieurwesen studiert, während die staats- und wirtschaftspolitische Ausbildung der DDR als Herrschaftswissen in der Tat disqualifiziert gewesen sei. Anders als in den Parlamenten sah es aber in der Verwaltung aus, denn „die Dominanz des politischen Loyalitätskriteriums gegenüber der fachlichen Qualifikation, die zur politisierten Inkompetenz geführt hatte, musste das Fachwissen nach der Wiedervereinigung entwerten“ (1997: 407).

Für die Administrationselite rekrutierte man viele Westdeutsche mit Verwaltungserfahrung. 1990 kamen alle 62 Staatssekretäre in den Neuen Bundesländern und immerhin noch 40% der Abteilungs- und Referatsleiter (v.a. in Justiz-, Wirtschafts- und Finanzressorts) sowie ein knappes Drittel der Länderminister aus der alten Bundesrepublik. Dieser Eliteimport von beispiellosem Ausmaß – auch in anderen Sektoren wie der Spitzenjustiz – ist ein historischer Sonderfall, der auf diese Verfügbarkeit eines externen Elitereservoirs zurückzuführen ist. Dabei galt ein Rangeffekt, dass je höher die zu besetzende Position war, desto eher auf Westdeutsche zurückgegriffen wurde. Hinsichtlich der Unterschiede zwischen Legislative und Exekutive erklärt Derlien: „Abgeordnete als Delegationseliten sind regional und sozial repräsentativer; Wahlkreisprinzip und Nominierungsprozedur erklären ihre fast ausschließliche Rekrutierung aus den neuen Ländern und die Dominanz der DDR-spezifischen Ausbildung. Exekutivpolitiker als Teil der Ernennungselite hingegen stammen häufiger aus dem Westen. Sie bringen wie importierte Spitzenbeamte politikfeldspezifische Kenntnisse, bürokratische Erfahrung und systemtypische Rechtskenntnisse mit“, die für das neu entstandene exekutive Positionsfeld der Länder benötigt wurden (1997: 375). Aber in beiden Sektoren verlor die alte Garde fast gleichermaßen Einfluss und Ämter.

3. HYPOTHESEN & DATENLAGE

Ausgehend von den Forschungsergebnissen und Schlussfolgerungen der beiden Autoren zu der Transformation der ostdeutschen Elite allgemein, möchte ich daraus Hypothesen zu den brandenburgischen Regierungseliten ableiten und diese dann prüfen bzw. differenzieren. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere zwei Fragen: die der Herkunft (Ost/West) und die des Ausbildungs- und Berufshintergrunds inklusive der politischen Erfahrung. Ich möchte mir dafür alle vier bisherigen Amtsperioden anschauen, wobei mich besonders das erste Kabinett sowie anschließende Veränderungen der Rekrutierung interessieren.

In Hinblick auf die Zusammensetzung der Landesregierung 1990 stelle ich nun erstens die Vermutung auf, dass a) überproportional auf Personen aus der alten Bundesrepublik zurückgegriffen wurde (angesichts der Tatsache, dass es sich bei Exekutivpolitikern um einen Teil der Ernennungselite handelt) und b) im Fall von ehemaligen DDR-Staatsbürgern möglichst unverdächtige Akteure aus unpolitischen, ideologisch neutralen Bereichen wie den Naturwissenschaften, Ingenieurberufen und Kirchen oder aus einer unteren, subelitären Leitungsebene rekrutiert wurden – und diese erst zu Wendezeiten politisch aktiv wurden. In Hinblick auf Veränderungen im Zeitverlauf bis heute vermute ich zweitens, dass im Laufe der Jahre a) die Zahl der westdeutschen Minister gesunken ist zugunsten von gebürtigen Ostdeutschen (insbesondere Brandenburgern) und b) die numerische Bedeutung einer technisch-naturwissenschaftlichen Ausbildung zurückgeht und sich die Verhältnisse denen im Westen mit zahlreichen Beamten oder Berufspolitikern angleichen.

Wurden bei der Potsdamer Elitestudie auch Parlamentarische Staatssekretäre zur politischen Exekutivelite gezählt, so sei darauf hingewiesen, dass es diese Position im Land Brandenburg nicht gibt und daher selbstredend keine Berücksichtigung findet. Neben den Ämtern des Ministerpräsidenten und der Minister wird im folgenden dagegen auch der Leiter der Staatskanzlei berücksichtigt, der zwar formell nicht Kabinettsmitglied ist, aber eine zentrale Rolle im Regierungsmanagement und damit auch bei Entscheidungsprozessen spielt. Die Informationen zur Koalitionsgeschichte und über die Akteure basieren fast ausschließlich auf Angaben der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, die 2007 eine Chronik online gestellt hat, auf der die Lebensläufe von allen bisherigen Ministern des Landes abrufbar sind [www.politische-bildung-brandenburg.de/chronik/index.htm]. Im Anhang habe ich daraus tabellarisch die wichtigsten Informationen zu Sozialisation, Ausbildung, Berufe vor dem Regierungsamt sowie zu Politikengagement und -erfahrung zusammengestellt.

4. UNTERSUCHUNG

4.1 Die erste Amtsperiode (2. November 1990 - 11. Oktober 1994)

Am 14. Oktober 1990 wählten die Brandenburger den ersten Landtag nach der faktischen Auflösung der Länderparlamente 1952. Bei einer Wahlbeteiligung von rund zwei Drittel erzielte die SPD mit 38,2% die meisten Stimmen, ihr folgte die CDU mit 29,4%. Den Einzug in den Landtag schafften auch die PDS-LL als SED-Nachfolgepartei (13,4%), das Bündnis 90 (9,2%) sowie die FDP (6,6%). Dr. Manfred Stolpe wurde zum ersten Ministerpräsidenten gewählt und führte eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis 90, wobei den beiden kleinen Partnern jeweils zwei Ministerien von insgesamt zehn anvertraut wurden. Nach Offenlegung neuer Akten in Zusammenhang mit einer eventuellen Stasi-Zusammenarbeit Stolpes schied die mittlerweile unter Bündnis 90/Die Grünen firmierende Fraktion im März 1994 aus der Koalition aus. Bis zur Landtagswahl im September desselben Jahres amtierte eine von der PDS-LL tolerierte sozialliberale Minderheitsregierung.

HERKUNFT:

Schon in der Kabinettszusammensetzung zu Amtsbeginn der Regierung waren Ostdeutsche, unter ihnen auch der Ministerpräsident, in der Mehrheit – sie kamen alle aus dem Raum Berlin-Brandenburg und könnten als lokal verwurzelt bezeichnet werden. Aber immerhin befanden sich unter den zwölf Mitgliedern (inklusive Staatskanzleichef) fünf Westdeutsche, denen u.a. die drei Schlüsselministerien Finanzen, Justiz und Wirtschaft gegeben wurden.

Es handelt sich v.a. bei den beiden letzten Ressorts auch ausdrücklich um solche, bei denen man sich besonders von der DDR-Vergangenheit abgrenzen und auf westdeutsche Expertise vertrauen wollte. Schaut man sich die regionale Herkunft in Hinblick auf Parteizugehörigkeit an, so fällt auf, dass beide FDP-Minister aus der alten Bundesrepublik rekrutiert wurden und für Bündnis 90 zwei ehemalige DDR-Bürger amtierten.

AUSBILDUNG & BERUF:

Bei den Ministern westdeutscher Abstammung – drei davon promoviert – herrschten bekannte Ausbildungshintergründe vor: juristisches Staatsexamen, Verwaltungslehre oder Studium von Fächern wie Geschichte und Politik (dabei 1 Lehrer). Ausnahmslos hatten die fünf Akteure vor ihrem Amtsantritt große Erfahrung in Politik, Verwaltung bzw. Diplomatie gesammelt; bestes Beispiel ist die eindrucksvolle Karriere von Justizminister Bräutigam, der u.a. in Ost-Berlin und bei der UNO Botschafter war. Karl Walter Hirche wurde sogar als amtierender Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg für eben dieses Ressort nach Brandenburg geholt.

Bei den Kabinettsmitgliedern mit DDR-Sozialisation finden wir in Sachen Ausbildung erwartungsgemäß viele Ingenieure und Naturwissenschaftler. Die Berufserfahrung fand entsprechend in diesen Bereichen statt – teilweise mit Anstellung in öffentlichen Behörden auf unterer Leitungsebene: Matthias Platzeck war Abteilungsleiter bei der Hygieneinspektion Potsdam, Edwin Zimmermann Bereichsleiter an einem Agrotechnischen Zentrum und Regine Hildebrandt, die einen FDJ-Beitritt verweigert hatte, Bereichsleiterin bei der Zentralstelle für Diabetes. Manfred Stolpe stellte mit seiner juristischen Ausbildung (wenngleich er lange Zeit Gaststudent an der FU Berlin war) eine Ausnahme dar; sein Verhältnis zum DDR-Regime ist umstritten. Einerseits war er im kirchlichen Umfeld beschäftigt, andererseits war er Teil des Systems, weswegen Jürgen Plöhn ihn als „staatsloyalen Kirchenjuristen“ bezeichnet (2006: 142). Zweifelsohne aus der Oppositionsbewegung kam in jedem Fall Marianne Birthler, die nach Tätigkeit im DDR-Außenhandel sich zur Gemeindegliederin und Katechetin ausbilden ließ, sich dann als Referentin im Berliner Stadtjugendamt systemkritisch engagierte und bereits im Frühjahr 1989 bei der 'Initiative Frieden und Gerechtigkeit' tätig war.

POLITIK:

Mit Ausnahme vom parteilosen Diplomaten Bräutigam war für alle westdeutschen Minister des ersten Kabinetts die Politik schon vorher der Beruf: sie waren nicht nur seit langem Parteimitglieder bei SPD oder FDP (seit den 1960er Jahren etwa), sondern hatten auch alle mehrjährige Parlamentserfahrung im Bundestag und/oder in Landtagen. Die Ostdeutschen unter den Kollegen waren allesamt zu Wendezeiten Mitglieder der SPD oder in den Bürgerbewegungen des späteren Bündnis 90 geworden. Während Manfred Stolpe erst recht spät (Mitte 1990) Mitglied der Sozialdemokraten wurde, waren viele andere bereits Ende 1989 Mitbegründer eines Ortsvereins. Platzeck und Birthler wurden an den Zentralen Runden Tisch berufen; ersterer dann anschließend auch als Vertreter der Grünen Partei in das Modrow-Kabinett. Beide wurden außerdem genauso wie die Ministerkollegen Resch, Ziel und Hildebrandt Mitglied der letzten Volkskammer – letztgenannte zusätzlich Ministerin im Kabinett von de Maizière. Diese personelle Kontinuität bei Platzeck und Hildebrandt, bezogen auf eine Regierungsmitgliedschaft schon zu DDR-Zeiten, stellt laut Derlien eine absolute Ausnahme dar (1997: 373). Abgesehen von Minister Zimmermann sind alle ostdeutschen Kabinettsmitglieder bei den Landtagswahlen 1990 in das Parlament eingezogen – ließen sich also entsprechend einige Zeit vor ihrer Amtsernennung auf aussichtsreiche Plätze der Partei-Wahllisten wählen. Es lässt sich also sagen, dass diese Personen Engagierte der ersten Stunde waren, die von sich aus in die politische Verantwortung strebten und weniger als unpolitische Experten ins Kabinett berufen wurden.

4.2 Die zweite Amtsperiode (11. Oktober 1994 - 13. Oktober 1999)

Bei den zweiten Landtagswahlen im September 1994 erhielt die von Regierungschef Stolpe angeführte SPD mit 54,1% der Zweitstimmen die absolute Mehrheit und konnte von nun an allein regieren. PDS und CDU erreichten jeweils 18,7%, FDP und Bündnis 90/Die Grünen verpassten die notwendigen 5% zum Parlamentseinzug. Im Kabinett wurden entsprechend die beiden liberalen und der grüne Minister Resch ausgetauscht und durch Sozialdemokraten ersetzt; Platzeck blieb als Parteiloser Minister für Umwelt. Alle bisherigen SPD-Minister behielten ihr Amt.

HERKUNFT:

Von den zwölf Akteuren im Kabinett waren nun noch vier aus der alten Bundesrepublik (-1) dabei. Zwar wurde das Wirtschaftsministerium erneut in westdeutsche Hand gegeben, doch das ebenso neu zu besetzende Ressort für Wissenschaft, Forschung und Kultur ging diesmal an den Ostdeutschen Steffen Reiche. Durch die drei Auswechslungen im Laufe der Legislaturperiode ergaben sich hinsichtlich der regionalen Herkunft keine Änderungen: zwei Mal wurden ehemalige DDR-Bürger durch Ihresgleichen ersetzt und beim Wechsel im Finanzministerium wurde weiterhin auf einen westdeutsch Sozialisierten vertraut.

AUSBILDUNG & BERUF:

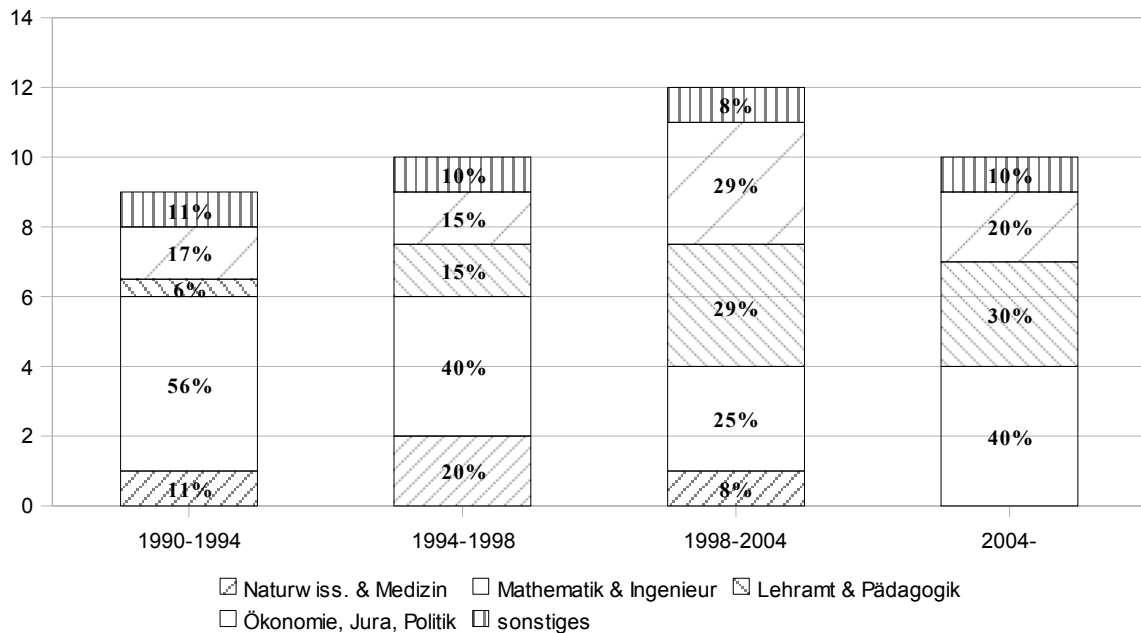
Die während der Amtsperiode eingestiegene Finanzministerin Wilma Simon war genauso wie ihr westdeutscher Kollege für das Wirtschaftsressort, Burkhard Dreher, promoviert und beide hatten zuvor in leitender Funktion in der Kommunal- oder Landesverwaltung gearbeitet. Die vier neuen Ostdeutschen – zwei von Beginn der Legislatur an, zwei „eingewechselt“ – bieten vier sehr unterschiedliche Lebensläufe mit dennoch allesamt durchaus typischen Merkmalen. Angelika Peter, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, war vorher Lehrerin und danach Schuldirektorin. Steffen Reiche war vor der Wende als Pastor tätig und wurde anschließend erster Vorsitzender der brandenburgischen SPD. Gunter Fritsch hatte den Wehrdienst verweigert (war Bausoldat) und war trotzdem Ingenieur an der Akademie der Wissenschaften geworden, nach der Wende dann Landrat. Eberhard Henne war zu DDR-Zeiten Tierarzt und leitete seit 1991 ein bekanntes Biosphärenreservat im Land.

POLITIK:

Mit Ausnahme vom parteilosen Henne, der wegen seiner Expertise berufen wurde und eigentlich keine politischen Ambitionen hatte, waren die neuen ostdeutschen Minister zu Wendezeiten in der SPD aktiv geworden – Reiche saß auch am Runden Tisch – und zogen 1990 allesamt in Stadtverordnetenversammlungen, Kreistage oder den Landtag ein.

Ausbildungshintergrund (höchster Abschluss) der ostdeutschen Minister

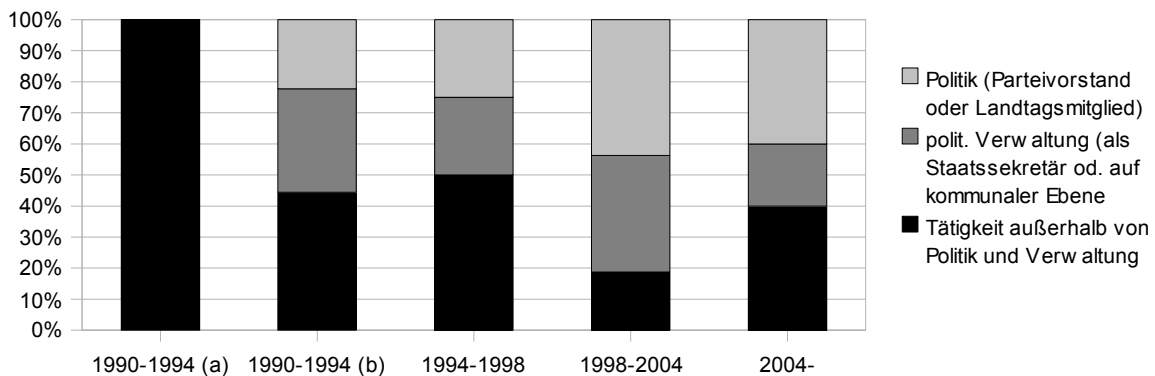
[inkl. der Kabinettsmitglieder, die während der jeweiligen Legislatur ihr Amt antraten]



8) *Beruf der Ostdeutschen nach der Wende:* Die Mitglieder des ersten Kabinetts kamen entweder direkt von ihrem angelernten Beruf ins Amt oder hatten ab Frühjahr 1990 wenige Monate Erfahrung in Regierung oder Volkskammer gesammelt. Folgende Statistik zeigt die Tendenz, dass bei den späteren Ministern die politische Professionalisierung zunahm: man hatte zu DDR-Zeiten zwar ähnliche Berufe, doch danach war man schon mehrheitlich in Politik (als MdL z.B.) oder Verwaltung – von Landrat bis Staatssekretär – tätig.

Berufspolitischer Hintergrund der jeweils neu(!) rekrutierten Ost-Minister

[Art der von einem Kabinettsmitglied zuletzt ausgeübten Tätigkeit vor Amtsantritt]



a) Beruf 1989 b) bei Heranziehung der Tätigkeiten 1990 (z.B. Volkskammermitglied od. DDR-Minister 1990)

9) *Politikengagement der Ostdeutschen:* Mit Ausnahme von Wanka, Rupprecht und Henne waren alle Minister zum Zeitpunkt ihrer Nominierung Mitglied einer Partei. Die ganz überwiegende Mehrheit v.a. der SPD-Minister war bereits in den Umbruchzeiten 89/90 aktiv geworden. Viele wurden Mitglied im Landtag oder in Kommunalvertretungen.

6. SCHLUSSGEDANKEN

Zwar stellten Ostdeutsche immer die Mehrheit am Regierungstisch (weswegen von einer Kolonialisierung nicht gesprochen werden kann), doch war nichtsdestotrotz im ersten Kabinett fast die Hälfte der Minister in der alten Bundesrepublik sozialisiert. Damit lag man über dem oben erwähnten Durchschnitt von 1/3 in den Regierungen der Neuen Bundesländer 1990. Wie von Derlien allgemein festgestellt, gingen auch in Brandenburg Ressorts wie Justiz, Wirtschaft und Finanzen an Westdeutsche, während eher technischere Ministerien wie Umwelt und Landwirtschaft in ostdeutsche Hand kamen. Hoffmann-Lange spricht angesichts der importierten Verwaltungsexpertise, sicherlich auch mit Bezug auf die Staatssekretäre, vom Vorrang von Effizienzgesichtspunkten vor lokaler Repräsentation: „Sofern keine eigenen Fachleute zur Verfügung standen, wurden solche aus dem Westen berufen. Dies war vor allem dort der Fall, wo westliches Institutionenwissen bzw. juristische Fachkenntnisse gefragt sind. In diesen Sektoren entstand eine Repräsentationslücke.“ (2002: 119). Letzteres könnte man unter demokratietheoretischen Überlegungen kritisch sehen, insbesondere dann, wenn es sich als dauerhaft erwiesen hätte. Dies ist aber nicht der Fall; vielmehr gab es eine Verschiebung des Verhältnisses zu Gunsten der Ostdeutschen, meistens Brandenburger und Berliner. Zwar setzte die CDU beim Regierungseintritt 1999 zunächst nochmal vollständig auf westdeutsche Akteure, doch wurden diese im Laufe weniger Jahre durch ehemalige DDR-Bürger ersetzt – womit auch meine zweite These für die Ost-West-Variable bestätigt ist. (Einzig verbliebener West-Minister ist Jörg Schönbohm, der jedoch ebenfalls märkische Wurzeln hat und bereits einige Jahre vor Amtsantritt nach Potsdam gezogen war.) Seit 2004 liegt Brandenburg beim Westanteil nun sogar unter dem Durchschnitt der Neuen Bundesländer von mittlerweile nur noch einem Viertel (Plöhn 2006: 144). Es gibt keine Anzeichen, dass es zukünftig nochmal zu einem wieder steigenden Elitetransfer aus dem Westen kommt.

Ein besonderes Augenmerk dieser Arbeit lag auf den Lebensläufen der Minister, die in der DDR gelebt und gearbeitet hatten. Zweifelsohne handelte es sich bei der Wende um einen radikalen Elitenumbruch; auch in brandenburgische Regierungen schaffte es niemand aus der alten SED- und Staatsführung. Wie Welzel hat Hoffmann-Lange aber auch in Hinblick auf Brandenburg recht, wenn sie konstatiert, dass die meisten neuen Spitzenkräfte nicht der DDR-Opposition angehört hatten (2002: 120). Die Gründe, warum sich nicht mehr Akteure der Bürgerbewegung in der Politik etablierten, sind sicherlich vielfältig: gespaltenes Verhältnis zur Macht (Fehr 2003: 411), Ablehnung der Wiedervereinigung (Waschkuhn 1999: 80), Abschied aus Enttäuschung oder auch die Schwierigkeiten von Bündnis 90. Vorzeigefigur Birthler sowie Platzeck und Hildebrandt als Vertreter am Runden Tisch blieben Ausnahmen.

